



+ViNSP

512

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Erich Valentin (SPÖ), Luise Däger-Gregori (SPÖ), Msc., Ernst Holzmann (SPÖ), Georg Niedermühlbichler (SPÖ), Ilse Fitzbauer (SPÖ), Dipl.-Ing.ⁱⁿ Selma Arapović (NEOS) und Mag.^a Angelika Pipal-Leixner (NEOS)

eingebracht in der Debatte des Rechnungsabschlusses 2022 am 28.6.2023 bei der Spezialdebatte Innovation, Stadtplanung und Mobilität *Pont 1* *65*

betreffend: seit 845 Tage verhindert Bundesministerin Gewessler die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine verkehrsberuhigte Innere Stadt

Effiziente und nachhaltige Verkehrsberuhigungskonzepte, die einen Beitrag zu gesteigerter Lebensqualität und gelebtem Klimaschutz sein könnten, stehen weiterhin nicht auf der politischen Agenda von Bundesministerin Gewessler: Erst kürzlich wurde die 34. StVO-Novelle von Ministerrat beschlossen und wird bereits morgen im Verkehrsausschuss im Parlament beraten. Erneut findet sich die seit Jahren geforderte Gesetzesbestimmung §98h darin nicht. Ähnlich gelagerte Rechtsbestimmungen sind in Österreich zwar bei der Überwachung der Maut oder auch der Geschwindigkeit in Form einer „Section-Control“ Gang und Gabe, jedoch reicht deren rechtliches Spektrum nicht dafür aus, um auch die Kontrolle einer verkehrsberuhigten Zone zu argumentieren.

Dabei hat die Landeshauptleutekonferenz Ende 2022 bereits einen entsprechenden Beschluss hinsichtlich der „ehestmöglichen Schaffung einer Bestimmung zur automatisierten Überwachung von Verkehrsbeschränkungen in der STVO“ gefasst und ihn an den Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer übermittelt. Somit stehen alle Bundesländer hinter dieser Forderung.

Diese Bereitschaft der Bundesländer wurde auch erst vergangene Woche bei der diesjährigen Landesverkehrsreferent*innenkonferenz in Linz erneuert, wo ein Beschluss vom 20. September 2022 hinsichtlich der „raschen bzw. ehestbaldigen Einführung“ einer Bestimmung §98h StVO nun bekräftigt und erneuert wurde.

Auch der Städtebund fordert seit vielen Jahren die Schaffung einer entsprechenden StVO-Bestimmung und hat gemeinsam mit dem schweigenden Klimaschutzministerium im Frühjahr 2022 ein Datenschutzgutachten bei den renommiertesten Datenschutzjuristen Österreichs beauftragt, das schlussendlich grünes Licht für dieses Vorhaben gegeben hat.

Nachdem Verkehrsstadträtin Ulli Sima erstmalig am 5. März 2021 einen Brief mit der entsprechenden Forderung an Bundesministerin Gewessler gerichtet hat, wartet die Stadt Wien noch immer, genauer seit 845 Tagen, auf die Verabschiedung der dringend notwendigen Gesetzesbestimmung §98h in der StVO, die den Einsatz von Fotokamera-basierter Technologie für den Zweck der Verkehrsberuhigung, der Verkehrssicherheit und letzten Endes auch des Klimaschutzes endlich ermöglichen würde.

Wien hat im Gegensatz zum tatenlosen Klimaministerium seinen Teil der Arbeit erledigt und die Machbarkeitsstudie zum Projekt „Verkehrsberuhigte Innere Stadt“ bereits abgeschlossen und veröffentlicht: Darin wird bestätigt, dass Verkehrsberuhigung mittels Fotokamera-basiertem Zonenfahrtsmanagement in der Wiener Innenstadt eine deutlich gesteigerte Lebens- und Aufenthaltsqualität erwirken würde. Laut Berechnungen des Verkehrsplanungsbüros Traffix würden etwa ein Drittel weniger Einfahrten in den 1. Bezirk erzielt und die Stellplatzauslastung an der Oberfläche um rund ein Viertel reduziert werden. Auch die Zufahrtsmöglichkeiten in den Bereich innerhalb von Ring und Kai würden im Rahmen der Implementierung dieses neuen Systems von 34 auf 26 Zufahrten reduziert. Damit würde das Projekt eine der größten Klimaschutzmaßnahmen Wiens darstellen.

Die Frau Bundesministerin wird heute neuerlich dazu aufgefordert endlich im Sinne des Klimaschutzes und zum Wohle der Wiener Bevölkerung, der Besucher*innen und darüber hinaus auch im Sinne unzähliger weiterer österreichischer Gemeinden und deren Bevölkerung zu handeln.

Die gefertigten Gemeinderät*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler zum wiederholten Male dazu auf, die von allen Bundesländern mehrmals geforderte StVO-Bestimmung (§98h StVO 1960) als rechtliche Basis der Fotokamera-unterstützten Zonenfahrtskontrolle noch in der 34. StVO-Novelle zu implementieren, um das Projekt der verkehrsberuhigten Inneren Stadt in Wien, aber auch Zukunftsprojekte anderer österreichischer Gemeinden im Sinne des Klimaschutzes und der Verkehrsberuhigung nicht unnötig zu verzögern und deren Realisierung zu verunmöglichen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 28. Juni 2023

